

# i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 346

26. Okt. 2005

12. Jahrgang

## Nach *Stan*: Zurück zur "Normalität"?!

Rund drei Wochen, nachdem der Sturm *Stan* seine Verwüstungen vornehmlich im Südwesten, Westen und Hochland Guatemalas angerichtet hat, bleiben Fragen, Zweifel, Kritik und Verzweiflung. Weder sind inzwischen alle Gemeinden erreicht, in denen Hilfe gebraucht wird, noch reicht das aus, was an Sach- und Nahrungsspenden gesammelt wurde, um der betroffenen Bevölkerung aus der ärgsten Not zu helfen. Die Regierung hat keinen Überblick über den tatsächlichen Schaden und die Zahlen der betroffenen Dörfer und BürgerInnen. Und noch weniger hat sie eine Idee oder gar Strategie für das weitere Vorgehen, von den Mitteln ganz zu schweigen. Als Retter in der Not sprang das Militär - stets schwerbewaffnet! - in Bergungs- und Evakuierungsaktionen ein, eine Aufgabe, die augenscheinlich der Bevölkerung zu Gute kam. Es ist zu befürchten, dass damit nun die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung geschaffen ist, um das Militär nicht nur bei Naturkatastrophen à la *Stan*, sondern auch für andere "soziale Einsätze", sprich gegen Gewalt und Delinquenz, gegen regierungskritische Demonstrationen oder gegen Jugendbanden auf die Strasse zu schicken. Beeindruckend derweil die vorgebliche Solidarität der HauptstadtbewohnerInnen, die in vielen Fällen an Rassismus nicht zu überbieten war: Gespendet wurde dreckige, kaputte Kleidung, westliche noch dazu, die in indigene Gemeinden geschickt werden sollte. Mir klingt noch die Stimme der Ladina im Ohr, die sich im Radio über die Undankbarkeit der Betroffenen aufregte und meinte, in so einem Katastrophenfall würde sie sich doch alles anziehen!

Auf den folgenden Seiten versuchen wir, ein umfassendes Bild der aktuellen Situation zu geben, beginnend mit einer Kolumne von Carolina Sarti Escobar, gefolgt von einem Kommuniké des *Internationalen Indigenen BäuerInnenkongresses* (CLOC) und diversen Nachrichten zum Thema.

Vor *Stan* bedeutete "Normalität" in Guatemala, dass zwei Drittel der Bevölkerung in ländlichen Gebieten lebte, das Tausende von guatemalteckischen Familien, in ihrer Mehrheit Indígenas, weder Land noch ein Haus besaßen und keine Arbeit hatten, dass Millionen von Personen an unsicheren, dem Vergessen ausgesetzten Orten wohnten. Vor *Stan* bedeutete „Normalität“, dass die Hälfte unserer Kinder unter 5 Jahren an chronischer Unterernährung litten und als Folge davon körperliche und geistige Mängel aufwiesen. Ist dies die "Normalität" zu der wir zurückkehren wollen?

Ein Schritt vorwärts und einer zurück, sagen die Sachverständigen, und versprechen uns, dass bald die Normalität zurückkehrt. Wenn aber das Wasser das nächste Mal ansteigt, werden die karitativen Seelen, die sich heute mit den Opfern der Tragödie solidarisieren, die drei „weisen Affen“ mimen, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen. Ich wehre mich gegen dieses abnormale Verständnis von Normalität, die von zu vielen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Machteliten während zu langer Zeit aufrechterhalten wurde.

Normal wäre, dass alle genügend zu essen hätten, von einer guten Bildung und einem funktionierenden Gesundheitssystem profitieren könnten, in Sicherheit und einer gesunden Umwelt ihre Entwicklungsmöglichkeiten ausschöpfen könnten, eine würdevolle Arbeit, einen Ort, um zu wohnen, Zugang zur Justiz und freie Zeit, um sich zu Erholen, hätten. Wenn also die Voraussetzungen für ein Leben in Frieden gegeben wären. Normalität wäre, wenn alle Menschen als solche leben könnten.

Doch kehren wir zur guatemalteckischen Normalität vor *Stan* zurück und werfen einen genaueren Blick auf nur eines der absurden Beispiele. Innerhalb des Staatshaushalts für 2006 wird für das auf 15'500 Mann reduzierte Militär eine Budgeterhöhung von 84 Mio. Quetzales vorgeschlagen. Dazu kommen 258 Mio. Q für die Modernisierung der Truppen, was ein Militär-Gesamtbudget von stolzen 1,11 Milliarden Q für nächstes Jahr macht.

Wie bloss wollen wir eine Nation verändern, in der die Kongressabgeordneten erlauben, dass mehr Geld ins Militär als in die Bildung und Gesundheit ihrer Kinder investiert wird?

Die vorher genannten Summen kontrastieren mit denen, die die Regierung für Nothilfe zur Verfügung stellt, um den über 134 Tausend von *Stan* Betroffenen während sechs Monaten zu helfen: 59 Mio. Q für Lebensmittelhilfe, 31.4 Mio. Q für Hygiene und Sanitätswesen und 11.6 Mio. für Gesundheit, total 102 Mio. Dazu kommen noch Ausgaben für Infrastruktur und anderes, die genannten Zahlen beziehen sich nur auf die Sozialausgaben innerhalb der Nothilfe.

Just in diesen Tagen diskutieren die Verteidigungsminister Zentralamerikas mit ihrem US-amerikanischen Amtskollegen über zwei Themen, die sich für das Pentagon zu Prioritäten für die Region entwickelt haben: Die Schaffung einer multinationalen Friedenstruppe sowie einer Rettungsbrigade in Fällen von Naturkatastrophen. Damit wird dann in unserem Land möglicherweise die Erhöhung des überriesenen Militärbudgets gerechtfertigt.

Zurück zur "Normalität" vor *Stan* bedeutet, Geschichten und beschämende Praxen zu wiederholen, bedeutet, noch mehr Vergessen über die bereits Vergessenen auszubreiten und weiterhin Tausende von Tote in Kauf zu nehmen.

Ich verweigere mich dieser, die Realität versteckende Normalität. Falls wir uns wirklich verändern und nicht noch mehr in der Unterentwicklung versinken wollen, müssen wir das Land, in dem wir leben wollen, neu überdenken und entsprechend handeln. Wir müssen schnell handeln, aber mit Bedacht überlegen.

Wir haben aus dem Erdbeben von 1976 und dem Hurrikan Mitch von 1998 ein paar Dinge gelernt. Heute wird z.B. die Verwendung der Spendengelder überwacht, man verfolgt diejenigen, die Hilfsgüter stehlen, bestraft die SpekulantInnen und denunziert diejenigen, die aus dem Elend anderer Profit zu schlagen versuchen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er vielen Leuten nicht passt. Doch die Misere so vieler Menschen ist nicht normal und die Blindheit ebenso vieler ist ebenfalls nicht normal.

Deshalb bitte, lasst uns nicht zu dieser „Normalität“ zurückkehren!

## Die Schuld nicht *Stan* zuschieben

Die guatemaltekischen BäuerInnenorganisationen, Mitglieder der *Koordination der lateinamerikanischen BäuerInnenorganisationen* (CLOC), trauern um die Toten und Betroffenen des Hurrikan *Stan*, der genau am 513. Jahrestag der Spanischen Invasion unser Land zerstört hat. Mitten in dieser traurigen Situation und während wir Notfälle in unseren Familien und Gemeinden zu betreuen hatten, nahmen wir am IV. Kongress der CLOC teil, zusammen mit 60 befreundeten BäuerInnenorganisationen aus 24 Ländern Lateinamerikas und der Karibik, die uns ihre Solidarität ausdrückten und die guatemaltekische Regierung zu unverzüglichem Handeln aufforderten.

Wir können die Schuld für diese Tragödie nicht dem Hurrikan *Stan* zuschieben. Die Verantwortung liegt im Raubbau an den Naturressourcen und dem Missbrauch, den wir an unserer Mutter Erde betreiben. Die Natur hat uns in Erinnerung gerufen, dass wir um sie Sorge tragen müssen, falls wir eine Zukunft haben wollen. Die Abholzung, der exzessive Gebrauch chemischer Produkte in der Landwirtschaft, die Chemieabfälle in den Flüssen, Seen und Meeren, der Gebrauch chemischer und nuklearer Waffen, die Zerstörung der Biodiversität tragen zur Klimaerwärmung bei. Die Konsequenzen davon tragen die Ärmsten.

Es sind die Entwicklungsländer und die Regierungen unserer Länder, die für diese Zerstörung verantwortlich sind. Sie haben sich nie um eine adäquate und rationale Politik gekümmert und wollen

durch die Ausbeutung der Ressourcen einzig ihren Reichtum vergrößern. Wir fordern von der US-Regierung die bedingungslose Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls und von der guatemaltekischen Regierung eine sofortige Revision der Konzessionen für die Exploration und Exploitation von Mineralien und Erdöl in unserem Land, sowie die Sistierung des im Kongress hängigen Konzessionsgesetzes.

Einmal mehr zeigen sich soziale Ungleichheit, Ausschluss und Rassismus in Guatemala, und es beweist sich die Fragilität der Lebensbedingungen der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung, die nicht unbeschadet und aus eigenen Kräften aus dieser Tragödie herauskommen wird. Es ist unbegreiflich, dass man bereits über die Anzahl verlorener Kühe und den Verlust in der Exportwirtschaft Bescheid weiss, aber noch immer keine verlässlichen Angaben über die Anzahl der verstorbenen oder verschwundenen Personen hat, die in ihrer Mehrheit Indígenas sind. Allein in Santiago Atitlán, Sololá, sind mehr als 1400 T'zutujil-Indígenas unter Schlammmassen begraben, die in den veröffentlichten Daten nirgends erwähnt werden. Dies ist mangelnder Respekt gegenüber den Opfern, ihrer Familien und der Maya-Bevölkerung generell. Eine Tragödie dieses Ausmasses darf von niemandem für partei- oder wahlpolitische Zwecke missbraucht werden.

Es braucht sofortige Nothilfe, aber ebenso schnell muss mit dem Wiederaufbau begonnen werden.

Der Staat muss sich für den Wie-

deraufbau und die Entschädigung der Gemeinden verantwortlich erklären und Mechanismen entwickeln, um die Ernährung der betroffenen Bevölkerung zu garantieren. Es braucht eine Umverteilung des nationalen Budgets zugunsten der kleinen und mittleren BäuerInnen und es braucht Einkommen schaffende Projekte in den Gemeinden. Die kommunalen Organisationsstrukturen müssen anerkannt und einbezogen werden bei der Definition von Prioritäten im Wiederaufbau. Einheit ist die effektivste Form, um zu erreichen, dass der Staat sein Verfassungsmandat erfüllt, für das Wohl der BürgerInnen zu sorgen. Deshalb rufen wir dazu auf, dass die Zivilgesellschaft und die internationale Gemeinschaft die humanitäre Hilfe kontrollieren.

Die Indígena- und BäuerInnenorganisationen Guatemalas und befreundeter Länder, die Gewerkschaften, Vereine, Komitees, organisierten Gruppen, StudentInnen, LehrerInnen sowie Privatpersonen, bestärken unseren Willen und unseren Kompromiss, gegen ein neoliberales Modell zu kämpfen, das Verarmung und Ausschluss zur Folge haben.

Guatemala, 12. Oktober 2005

Guatemaltekische Mitgliedorganisationen von CLOC: *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC), *Nationale Indígena- und BäuerInnenkoordination* (CONIC), *Nationale Koordination der Witwen* (CONAVIGUA), *Plataforma Agraria, Komitee der BäuerInnen* (CUC).

## Regierungspläne vor und nach dem Sturm

**Guatemala, 19. Okt.** Das Landwirtschaftsministerium (MAGA) kündigte bereits an, 75 Mio. Quetzales abzuzweigen für die BäuerInnen, die aufgrund von *Stan* ihre Ernte verloren haben. Die Massnahme soll die Aushändigung von 25 Tausend „Agrar-Säcken“ realisieren, die verschiedene landwirtschaftliche Materialien, ein Schwein, einen Hahn und Hühner beinhalten, so der zuständige Minister Álvaro Aguilar. Die Verteilung soll im November an der *Costa Sur* beginnen und den Departements Escuintla, Santa Rosa und Retalhuleu zu Gute kommen, später sind Sololá, Quetzaltenango und San Marcos an der Reihe.

Finanziert werden sollen die Säcke aus Mitteln des Ressorts, indem auf Gelder aus anderen internen Programmen zurückgegriffen wird, die nicht komplett ausgeführt werden.

Doch was wird von dieser Ankündigung zu erwarten sein? Zum einen sind weit mehr als 25 Tausend BäuerInnenfamilien in all den genannten Departements um ihre Ernte und in vielen Fällen

gar um ihre Ländereien gebracht worden, die nicht wieder bearbeitet werden können. Und was wird aus den schon vor *Stan* dringend nötigen und nun planmässig gekürzten Landwirtschaftsprogrammen? Und wer kümmert sich um die Neuverteilung oder zumindest Zuteilung von bewirtschaftbaren Feldern – wer stellt diese überhaupt zur Verfügung?

Generell werden die kommenden Monate sicherlich einige Überraschungen bereithalten. Offiziell ist die „Zeit nach *Stan*“ bereits in zwei Phasen aufgeteilt: Bis Dezember steht die Nothilfe im Vordergrund, das komplette nächste Jahr soll dem Wiederaufbau gewidmet werden.

Die Internationale Zusammenarbeit hat bereits beachtliche Mittel in Aussicht gestellt. Fraglich ist derweil, wann diese Gelder tatsächlich ins Land kommen und wann die Regierung tatsächlich konkrete Pläne und die Fähigkeiten entwickelt, den Wiederaufbau tatsächlich in Angriff zu nehmen.

Just in diesen Tagen wurde nämlich darauf hingewiesen, dass bislang

zweieinhalb Monate vor Ende des Jahres erst 7% der für 2005 geplanten Regierungsbaumassnahmen abgeschlossen sind, wobei 13% der Projekte noch nicht einmal zugewiesen sind. Auch wenn 80% der Pläne in der Durchführungsphase stecken, sind erst 65% der finanziellen Mittel ausgezahlt worden. In konkreten Zahlen sind dies 136 fertig gestellte, 1'558 Baustellen, und 261 ausstehende Arbeiten.

Für 2005 waren von der Regierung 1'955 Arbeiten in den 22 Departements angekündigt worden, dabei sind selbst aus dem Jahr 2004 von 2'287 Projekten noch 565 „in Arbeit“.

Departemental betrachtet ist in Alta Verapaz, Chiquimula, Santa Rosa, Sacatepéquez, Suchitepéquez, Retalhuleu, Quiché und Huehuetenango noch keine der insgesamt 608 versprochenen Massnahmen fertiggestellt, in Izabál sind derweil 52% bereits beendet.

Dabei handelte es sich um Jahre ohne grössere Hindernisse. Wie will die Regierung in diesem Modus den Wiederaufbau nach *Stan* bewerkstelligen?

## Stan und die Vergangenheit

**Guatemala, 13. Okt.** Die starken Regenfälle, die den Sturm *Stan* auf seinem Weg über das Land begleiteten, verursachten nicht nur Erdrutsche, Schlammlawinen, die Zerstörung von Brücken und Strassen, sondern deckten auch ein geheimes Massengrab auf, das die sterblichen Überreste von Personen verbarg, die mit grosser Wahrscheinlichkeit während des internen bewaffneten Konflikts ermordet wurden. Laut Informationen des Menschenrechtsprokurators Sergio Morales, wurde dieses Massengrab im Dorf Las Nubes, San Martín Sacatepéquez, im Departement Quetzaltenango, im wahrsten Sinne des Wortes an die Erdoberfläche gespült. Die PDH reichte bereits Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ein, um die Ermittlungen baldmöglichst in die Wege zu leiten.

Derweil sehen sich jedoch sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die *Stiftung Anthropologischer Forensik Guatemalas* (FAFG), die mit der Exhumierung betraut wurden, vor naturbedingten Hindernissen: Das Wetter und die kaputten Wege nach Las Nubes erschweren den Zugang zum Terrain.

Zweifel und Fragen bleiben an anderen Orten just von der Erde verdeckt, die die Folgen des Sturms beispielsweise über den Ort Panabaj bei Santiago Atitlán, Sololá, gebracht haben. Da wurde einerseits gemeldet, dass aus angeblich sanitären Gründen die Suche nach weiteren Überlebenden oder auch Lei-

chen nach 72 Stunden nicht erlaubt sei, andererseits jedoch in einer Meldung noch von Bergungen am vierten Tag nach dem Unglück die Rede war, und gleichzeitig Panabaj zum Friedhof deklariert wurde. Unklar, wie viele der noch vermissten EinwohnerInnen – mal wird von 400, mal von 1'400 oder gar von 2'000 Menschen gesprochen – sich unter den Erdmassen befinden. Eine Luftaufnahme in der *Prensa Libre* zeigt im wahrsten Sinne des Wortes einen weisen Fleck anstelle des ehemaligen Dorfes – aus sanitären Gründen wurde das Gebiet mit Kalk bestreut.

Gleichzeitig stehen zwei weitere Tatsachen im Raum: Just auf dem Gebiet von Panabaj hat es zu Zeiten des bewaffneten internen Konflikts eine Militärbasis gegeben. Auf dem Grundstück vieler anderer Kasernen wurden inzwischen zahlreiche Massengräber ausgehoben, in denen vom Militär Ermordete verscharrt wurden.

Soll mit dem Sanitärargument in Panabaj etwas Bestimmtes beabsichtigt sein? Diese Frage ist insofern berechtigt, wird doch von der lokalen Staatsanwaltschaft selbst bestätigt, sie bräuchten bloss einen Antrag der Überlebenden, um die Suche fortzusetzen. Auch der Chef der Forensiker der Staatsanwaltschaft, José Mario Nájera, versichert, dass sein Team momentan nur auf die schriftlichen Anweisungen der Staatsanwaltschaft warte, um dem

Wunsch der Angehörigen nachzukommen und die Bergungen weiter zu verfolgen. Sergio Morales wies derweil gar darauf hin, dass es im Fall von Katastrophen einer solchen Bewilligung gar nicht bedürfe.

Die in Santiago Atitlán skandalös spät eingetroffene und unzureichende staatliche Nothilfe trägt für den Bürgermeister des Dorfes eine klare Botschaft: "Weil wir Indígenas sind". Ob es "bloss" das ist oder vielleicht auch damit zu tun hat, dass die Bevölkerung Santiagos Anfang der 90er-Jahre das Militär aus dem Dorf und aus jener Militärkaserne von Panabaj erfolgreich und für immer vertrieben hat? Vor diesem Hintergrund lehnte die lokale Bevölkerung denn auch die Anwesenheit des Militärs als Rettungskräfte ab.

Im Ort Cua, Departement San Marcos, beantragten die BewohnerInnen die Fortsetzung der Suche, doch die Kommune stellte diese ein. Schliesslich wurde Sergio Morales zur Intervention gebeten, unter anderem, um zu verhindern, dass auch dieser verschüttete Ort einfach zum Friedhof erklärt würde.

In Panabaj, Sololá, haben die Überlebenden inzwischen resigniert, nach dem die Sucharbeiten suspendiert wurden, doch weiterhin tauchen Leichen auf. Als Präventivmassnahme schläfernten die lokalen Autoritäten unterdessen 93 Hunde ein, um zu verhindern, dass diese sich als Leichengräber betätigten.

## Die Situation von Mädchen und Jungen nach Stan

**Guatemala, 20. Okt.** Aufgrund der speziellen Bedürfnisse hinsichtlich physischer wie psychologischer Betreuung von Mädchen und Jungen, die von den Folgen des Sturms *Stan* betroffen sind, plant die *Soziale Bewegung für die Rechte der Kindheit und Jugend* (MSDNAJG) eine Hilfsstrategie, die den Schutz vor sexuellem Missbrauch und Kinderhandel mit einschliesst. Marvin Rabanales, Rechtsberater der Bewegung, berichtet, dass durch den Hurrikan rund 1'200 Mädchen und Jungen ihre Eltern oder Erziehungsberechtigten verloren hätten und sich deswegen in einer Situation besonderer Verwundbarkeit befänden. Beispielsweise könnten sie geraubt und zur Adoption ins Ausland verkauft werden, wie es in so vielen Fällen während des internen bewaffneten Konfliktes geschah. In diesem Kontext laufen vornehmlich – aber nicht ausschliesslich – die Mädchen Gefahr, in den Sex-Handel zu geraten, vergewaltigt oder ausgenutzt zu werden. In einer Notunterkunft wurde bereits ein solcher Fall gemeldet.

Laut Alejandra Vásquez, der Direktorin der MSDNAJG, besteht die erste Etappe der Strategie in der Erstversorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und psychologischer Betreuung sowie der Evaluierung der Folgen von *Stan*, die speziell die Kinder erlitten. Der zweite Schritt wird die juristische Begleitung der Mädchen und Jungen sein, die ihre Geburtsurkunden und Schuldokumente verloren haben. Diesbezüglich soll mit den einzelnen Gemeindeverwaltungen zusammengearbeitet werden.

Fast 400 öffentliche Schulhäuser standen für die letzte und aufgrund der anstehenden Abschlussprüfungen wichtige Woche des Schuljahres nicht zur Verfügung. Entweder sind sie von den Überschwemmungen, Erdrutschen und Lawinen zerstört oder verschüttet, sie befinden sich in Risikogebieten oder sie dienen als temporäre Herbergen für die evakuierte Bevölkerung. In den einzelnen betroffenen Gemeinden wurden auf Geheiss des Vizebildungsministers, Celso Chacón, jeweils individuelle Entscheidungen über das weitere Prozedere

getroffen, um den SchülerInnen den Abschluss des Schuljahres zu ermöglichen.

Das Verschwinden der Kantone Panabaj und Tzanchaj in Santiago Atitlán, Sololá, unter den Erdlawinen, die vom Vulkan Tolimán herunter brachen, gilt als eine der dramatischsten Situationen der Stan-Katastrophe. Bürgermeister Diego Esquina berichtet, dass zahlreiche LehrerInnen starben im Versuch, ihre SchülerInnen zu retten, andere finden nur noch 10 ihrer 40 Eleven vor.

Derweil ist das Nationale Generalprokurat damit beschäftigt herauszufinden, welche der Kinder ohne Begleitung tatsächlich Waise sind und welche „bloss“ verloren bzw. aufgrund der Rettungs- und Evakuierungsmassnahmen von der Familie getrennt wurden. Finden sich keine Eltern soll nach Verwandten gesucht werden, die sich dem Mädchen oder Jungen annehmen oder aber die/der Minderjährige wird bis zur Volljährigkeit in einem Heim des Wohlfahrtssekretariats untergebracht.

## Migrationspolitische Auswirkungen von *Stan*

**Guatemala, 18. Okt.** Eine Zunahme der internen Migration in die guatemalteken Städte oder in den relativ unbehelligt gebliebenen und an Ländereien reichen Petén, aber auch in USA, prognostizieren MigrantInnenorganisationen als eine Folge der Tausenden durch Stan zerstörten ökonomischen Existenzen. In den 15 vom Sturm betroffenen Departements im westlichen Hochland und der Pazifikküste leben 69% der guatemalteken Bevölkerung, deren Beitrag zum Bruttoinlandprodukt 90% ausmacht.

Alle auf Migrationsfragen spezialisierten Organisationen und Fachleute sind sich einig, dass von der US-Regierung ein temporärer Sonderstatus (TPS) für GuatemaltekenInnen ausgestellt werden müsse, wie dies anno Mitch 1998 für MigrantInnen aus Nicaragua und Honduras und 2001 nach dem Erdbeben für MigrantInnen aus El Salvador der Fall war. Die Aufgrund von *Stan* ausge-

wanderten GuatemaltekenInnen sowie die bereits in den USA lebenden und illegal Arbeitenden sollen nicht deportiert werden, sondern die Erlaubnis bekommen, legal zu arbeiten und Geld zu verdienen, um so ihren Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten zu können. Eine TPS-Arbeitsbewilligung kann zwischen 6 und 18 Monaten umfassen, im Falle von Nicaragua wurden diese aber bis heute immer wieder erneuert oder gar in permanente Bewilligungen umgewandelt. Davon ausgehend, dass bereits heute 40% der GuatemaltekenInnen finanziell von einer oder einem Verwandten aus den USA unterstützt wird und aus den vom Unwetter betroffenen Departements bereits jetzt die grösste Anzahl guatemaltekenischer MigrantInnen stammt, liegt in diesem Bevölkerungs-„Segment“ ein nicht zu unterschätzendes wirtschaftliches Potential für den Wiederaufbau. Unter dessen wurde die Bitte nach einem temporären Sonderstatus auch von Präsi-

dent Oscar Berger ans nationale US-amerikanische Sicherheitsdepartement eingereicht. Die Antwort von seinem Amtskollegen Bush ist, dass das Migrationsreglement dahingehend reformiert werden soll, dass ArbeiterInnen mit einem temporären Aufenthaltsstatus willkommen seien, gegen alle anderen hingegen härter denn je vorgegangen werden soll. Oder etwas zynisch ausgedrückt: Pech gehabt, wer nicht aufgrund einer Naturkatastrophe sein Heimatland Richtung Norden verliess.

Mit Mexiko besteht ein vorübergehendes Abkommen, dass GuatemaltekenInnen (und andere MigrantInnen aus zentral- und südamerikanischen Ländern), die von der Migrationsbehörde gefasst wurden, nicht nach Guatemala deportiert werden, solange dort der nationale Notstand ausgerufen ist. Bereits eine Woche nach *Stan* füllten über 1'000 verhaftete GuatemaltekenInnen die Aufanglager Mexikos.

## Stan und die „humanitäre“ Hilfe

**Guatemala, 17. Okt.** Obwohl alle dazu aufrufen, die Nothilfe nicht zu politisieren und keinen persönlichen Gewinn daraus zu schlagen, ist zweifellos aus der einen oder anderen karitativen Handlung (wahl-)politisches Interesse bzw. das absolute Desinteresse an den tatsächlichen Bedürfnissen der auf Hilfe angewiesenen Bevölkerung auszumachen. Bei einem Treffen zwischen Regierungsinstitutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft, bei dem es darum ging, spezifische Bedürfnisse der Geschädigten auszumachen und Nothilfeaktionen zu koordinieren, wurden diverse Beispiele von Machtmissbrauch bei der Verteilung von Hilfsgütern bekannt. In vielen Orten hätten sich die Hilfslieferungen verzögert, weil man sie zuerst mit Partei-Emblemen versehen wollte. Häufig sei die Nothilfe durch die Gemeindeverwaltung verteilt worden, was dazu geführt habe, dass als erste die ParteigängerInnen der jeweiligen BürgermeisterInnen versorgt worden seien. Frauenorganisationen beklagten, dass bei der Zusammenstellung der Nothilfepakete die Bedürfnisse von Frauen nicht berücksichtigt würden, eine Organisation rief z. B. explizit dazu auf, Monatsbinden zu spenden.

In Sololá klagten VertreterInnen der dortigen indigenen Bürgermeisterei, dass sie überhaupt nicht in die Verteilung der Hilfslieferungen einbezogen wurden, sondern alles über die Departementsregierung lief. Dies führte dann

eben u. a. dazu, dass, wie im eingangs erwähnten Beispiel, westliche Kleidung in 100% indigene Gebiete gebracht wurden, die dort von niemandem getragen wird.

In einem Brief aus San Martín Sacatepéquez, Quetzaltenango, schreibt die dortige katholische Pfarrei, dass sich in der Gemeinde, die während mehreren Tagen von der Umwelt abgeschnitten gewesen ist, die Bevölkerung unabhängig von politischen oder religiösen Zugehörigkeiten vorbildlich solidarisch verhalten habe. Man habe sich gegenseitig geholfen wo es nötig war, ein Notkomitee gebildet, das die Evakuierung von einzelnen Dörfern geplant und durchgeführt habe. Alles sei bestens gelaufen, bis dann die offizielle Nothilfe eingetroffen sei. In unorganisierter und manipulativer Weise hätten die Gemeindebehörden die Verteilung der sowieso nicht für alle reichenden Hilfsgüter in eine Wahlveranstaltung verwandelt. Die soziale Organisation, die sich in den vorgehenden Tagen gebildet und bestens funktioniert habe, sei im Moment, wo man nicht mehr notwendigerweise auf sie angewiesen gewesen sei, bei sämtlichen Entscheidungen und Aktivitäten übergangen worden.

Im Departement San Marcos änderten nach ein paar Tagen der Hilfsflüge die Piloten, welche diese Transporte flogen, ihre Taktik. Nachdem in Dörfern, die während Tagen von der Umwelt abgeschlossen waren, die BewohnerInnen

sich in ihrer Verzweiflung in fast gewaltsamer Weise auf die "Helfer" stürzten und sie an einer geordneten Verteilung der Güter hinderten, beschlossen diese, in Zukunft nicht mehr zu landen, sondern die Lieferungen aus der Luft abzuwerfen. So müssen sie wenigstens nicht zuschauen, wie sich die Bevölkerung um die zu späte und unzureichende Hilfe prügelt...

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

[www.guatemala.de/Fijate/index.html](http://www.guatemala.de/Fijate/index.html)

## Wirtschaftliche Folgen von *Stan*

**Guatemala, 21. Okt.** Gleichzeitig, wenn nicht gar noch bevor die ersten Hilfslieferungen in die überschwemmte Region der Pazifikküste gelangte, erfuhr man vom Präsidenten der *Guatemaltekischen Industriekammer* (CIG), Jaime Arimany, dass voraussichtlich 30% der Bananen-, Kaffee- und Maisproduktion in dieser Region durch *Stan* zerstört wurde und dass wohl Hunderte von ArbeiterInnen des agroindustriellen Sektors entlassen werden müssten. Mit Millionenschäden rechne auch die dortige Papierindustrie, der in der nächsten Zeit wegen der schlechten Strassenzustände keine Rohmaterialien zugeliefert werden könne, weshalb die Produktion eingestellt werden müsse. Ebenso sähen sich die Crevettenzuchten von Escuintla und Retalhuleu, die Pflanzenöl- sowie die Milchindustrie zu Entlassungen gezwungen.

Die an den Hängen der Vulkane anbauenden KaffeeproduzentInnen beklagen, dass nicht nur ihre Plantagen zerstört sind, sondern auch die Zufahrtsstrassen, die es ihnen ermöglichen würde, die Produktion auf den Markt und die ArbeiterInnen zu den Pflanzungen zu bringen. Auch in diesem Sektor rechnet man mit Hunderten von zusätzlichen Arbeitslosen.

Unterdessen spricht man von landesweit 40% verlorenen Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Zum Teil trifft es ganze Dörfer, wie zum Beispiel das in der Nähe von Quetzaltenango gelegene Almolonga, das seine Gemüseproduktion bis weit über die Landesgrenzen hinaus verkaufte. Durch *Stan* wurden 80% des Dorfes und 100% der Ernte zerstört.

Ein weiterer Sektor, der die Folgen des Hurrikans zu spüren bekommt, ist der Tourismus. Obwohl man davon ausgehen kann, dass die Strassen, die an den touristisch attraktiven Atilán-See führen, zu den ersten gehören, die repariert werden, ist vorübergehend mit einem Rückgang von Feriengästen zu rechnen. Fluglinien sprechen von 15% Stornierungen nach *Stan*, das Institut für Tourismus (INGUAT) rechnet mit finanziellen Einbussen in der Höhe von 80 Mio. US-\$. Doch auch hier darf man nicht allein *Stan* die Schuld zuschieben: Erstens sind diese finanziellen Verluste übers ganze Jahr hinweg berechnet und zweitens gibt es verschiedene Länder, die seit Monaten ihren BürgerInnen von einem Urlaub in Guatemala abraten. Nicht weil sie Naturkatastrophen längerfristig prognostizieren könnten, sondern wegen der zunehmenden Unsicherheit für TouristInnen und der Gefahr, dass diese Opfer von Raubüberfällen oder an-

deren Gewalttaten werden.

Die Folgen der wirtschaftlichen Einbussen sind absehbar: Armut und – angesichts der Unfähigkeit der Regierung, der aktuellen Notsituation zu begegnen oder wenigstens einzugestehen, dass sie damit überfordert ist – eine daraus resultierende soziale Krise. Der Mangel an Lebensmitteln in den schwer erreichbaren oder nach wie vor abgeschnittenen Regionen führt zum Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel, so lange es überhaupt noch solche gibt, und zu gesundheitlichen Problemen.

(In diesem Zusammenhang und um aufzuzeigen, wie ignorant die Regierung ist, sei hier folgende Anekdote eingeschoben: Das guatemaltekische Gesundheitsministerium, befallen von der Vogelgrippe-Panik, gab bekannt, vorläufig nicht mit „handfesten“ Massnahmen, sondern mit einer Sensibilisierungskampagne auf das Thema aufmerksam zu machen. Dazu gehört die Information der Bevölkerung über mögliche Symptome, die da sind: Fieber, Husten, Muskelschmerzen, Augen- und Lungenentzündung sowie allgemeine Atemnot. All dies sind Krankheiten, unter denen die durch den Hurrikan obdachlos gewordene Bevölkerung in extremem Ausmass leidet, geschwächt durch das erlebte Leid und die unbefriedigten Grundbedürfnisse. Und auch der Rest der Bevölkerung ist aufgrund des anhaltenden Regens und der in bestimmten Gebieten bis auf minus 10°C prognostizierten Temperaturen auf diese Krankheiten anfällig.)

Die ohnehin schon schwache Position Guatemalas, im Welthandel wettbewerbsfähig zu sein, ist durch *Stan* noch prekärer geworden. So ist z. B. der bereits bestehende Druck auf das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit den USA und ab 1. Januar 2006 eine Diversifizierung der Produktion anzustreben, nach der weitgehenden Zerstörung der Landwirtschaft an der Pazifikküste und der „Boca Costa“ noch grösser geworden, aber auch umso unrealistischer zu erfüllen. Auf der anderen Seite ist zu befürchten, dass gewisse Hilfsleistungen für den Wiederaufbau an wirtschaftliche Konditionen gebunden sind.

So will es z. B. der Zufall, dass just diese Woche der US-amerikanische Handelssekretär, Carlos Gutiérrez, eine Dienstreise nach Guatemala unternahm und verlauten liess, dass noch einige guatemaltekische Gesetze überarbeitet werden müssten (z. B. dasjenige über das geistige Eigentum), bevor das Freihandelsabkommen in Kraft treten könne. Unabhängig davon, dass eine sol-

che Gesetzesänderung vielleicht gar positive Seiten – im Sinne von Schutz des geistigen Eigentums – haben könnte, oder das Nicht-Inkrafttreten des TLC den Wünschen einiger sozialer ExponentInnen entsprechen würde – soll mit diesem Beispiel gezeigt werden, wie schwach und ausgeliefert die Verhandlungsposition von Guatemala ist, jetzt, wo das Land dringend auf ausländische Hilfe angewiesen ist.

Die Antwort der guatemaltekischen Regierung auf die drohende wirtschaftliche (und soziale) Krise ist nicht überzeugend. Allgemein ist man sich einig, dass die notwendigen finanziellen Mittel für den Wiederaufbau im Land selber nicht vorhanden sind. In der Frage, wie man dazu kommt, ist es dann mit der Eignigkeit auch schon zu Ende. Die einen schlagen die Erhebung einer Sondersteuer vor, Vizepräsident Eduardo Stein sprach gar von einer Einkommenssteuer, was jedoch von Gewerkschaftsseite sofort zurückgewiesen wurde. Andere tendieren eher dazu, Staatsanleihen zu veräussern, was von anderen kritisiert wird mit dem Argument, dass damit die internen Schulden steigen würden. Juan Alberto Fuentes Knigh, Präsident des *Zentralamerikanischen Instituts für Finanzstudien* (ICEF), schlägt die Besteuerung von Geldtransaktionen vor.

Die momentan weitsichtigsten Regierungspläne betreffen das Staatsbudget 2006, von dem rund 100 Millionen US-\$ vor allem in den Bereichen Soziales und Infrastruktur in den Wiederaufbau gesteckt werden sollen. Ein entsprechendes Rahmengesetz soll in diesen Tagen vom Kongress verabschiedet werden. In einem der Gesetzespunkte geht es unter anderem darum, dass ein Grossteil des Wiederaufbaus im Wettbewerbsverfahren der Privatwirtschaft übertragen werden soll.

Dazu kommt ein Wiederaufbauplan, im Rahmen dessen der Kongress bei der *Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration* (BCIE) 749 Mio. US-\$ beantragen will. Ebenfalls hat Präsident Berger beim *Internationalen Währungsfonds* und der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (IDB) einen Antrag auf Schuldenerlass gestellt.

Die Art und Weise, wie die humanitäre Nothilfe betrieben wird, aber auch die längerfristigen Pläne lassen befürchten, dass es nicht darum geht, mit dem Wiederaufbau auch gleich ein Stück Prävention zu betreiben, sondern dass das Ziel ist, so schnell wie möglich wieder zur "Normalität", wie sie Carolina Sarti Escobar in ihrer Kolumne beschreibt, zurückzukehren.

## Militäreinsatz für *Stan*

**Guatemala, 21. Okt.** „Das Militär ist nicht der Feind des Volkes, es IST das Volk“, betitelt Lionel Sisniega O. seine am 15. Oktober in *Siglo XXI* publizierte Kolumne und leitete damit eine Lobeshymne auf den Einsatz des guatemalteckischen Militärs (sowie des mexikanischen und US-amerikanischen) bei den Nothilfeaktionen nach *Stan* ein. Damit kopiert er ein Bild, das die Armee auch selber von sich geben will. Fast täglich werden Statistiken veröffentlicht, wie viele Tausend *libras* Bohnen und wie viele Liter Trinkwasser von den mutigen Soldaten in die abgelegensten Gemeinden des Landes gefahren oder, wenn es nicht anders geht, gebuckelt haben.

Auch hier mag ein Ereignis, in diesem Fall aus Sololá, die Situation illustrieren: Nach den katastrophalen Regengüssen und Schlammlawinen, die zum Grossteil in der Nacht vom Dienstag, 4. Okt. auf den 5. und im Verlauf des Mittwochvormittags die grössten Schäden angerichtet hatten, tauchte das Militär mit den ersten 40 Mann erst Freitag morgen in Sololá auf. Anstelle die bereits tatkräftige Bevölkerung in ihren Räumungs- und Rettungsaktionen zu unterstützen, spielten sich die Soldaten als Kommandeure der freiwilligen HelferInnen auf. Zwei Szenarien boten sich derweil für den konkreten Einsatz der ausgestatteten Armee geradewegs an: Santiago Atilán benötigte dringend Hilfe, doch das Militär war - unabhängig von der Ablehnung der Bevölkerung - logistisch nicht in der Lage, sich dorthin zu begeben. Unterdessen hatte bereits der Bürgermeister aus Nahualá informiert, dass im Gebiet der Boca Costa von Nahualá, Sololá, dringend Hilfe nötig wäre und viele Gemeinden von der Aussenwelt abgeschnitten seien. Bis zum Kilometer 148 der *Interamericana* war der Verkehrszugang wohl eingeschränkt möglich, von hier aus musste die Hilfe per Fuss in ca. 2-3 Stundenmärschen an Ort und Stelle gebracht werden. Man sollte meinen, das Militär wäre genau für solche Aktivitäten trainiert - doch der Kommandant belehrte die in Sololá engagierten Helfenden, die sich bis dahin recht erfolgreich mit der Organisation und Koordination der Rettungsaktionen beschäftigt hatten, eines Besseren: Die Boca-Costa- Aufgabe könne nicht übernommen werden, die Soldaten seien schliesslich auch nur Menschen und die nötigen Anstrengungen unzumutbar.

Neben den Männern in Grün liessen sich in Sololá derweil noch weitere Persönlichkeiten sehen. Nach wochenlanger Abwesenheit aufgrund von Morddrohungen gegen ihn von Seiten der Bevölkerung, die im Zusammenhang mit den Anzeigen gegen die lokalen indigenen AktivistInnen gegen den Minenabbau stehen, traute sich der

GANA-Gouverneur erst wieder in "sein" Departement, als er sich der Begleitung durch das Militär sicher sein konnte.

Derweil war Santiago Atilán mehrmals frequentiertes Ziel von Oscar Berger, einmal gar in Begleitung von Rigoberta Menchú. Mit grossartigen Versprechen, innerhalb der nächsten sechs Tage in einem bewaldeten Teil Santiagos 400 Häuser für die aus Panabaj vertriebene Bevölkerung zu bauen, flog er schliesslich wieder von dannen. Auch der erfolgreiche guatemalteckische Latinpop-Sänger Ricardo Arjona stattete dem Munizip einen Besuch ab und kündigte ein Benefiz-Konzert zu Gunsten der Betroffenen an. Schliesslich liess sich auch die spanische Königin Sofía auf ihrer Reise durch Guatemala am Atilán-See blicken und bot gleich 65 Mio. US-\$ an Nothilfe an. In den Strassen Sololás patrouilliert das Militär unterdessen und steht in Grüppchen und stets in voller Ausrüstung und schwerbewaffnet nichtstund an den Strassenecken.

Bereits am 10. Oktober traf Bantz J. Craddock, Chef des *Comando Sur* der US-Armee, in Guatemala ein, um das Ausmass der Schäden zu messen und eine Koordination der US-Hilfe an das guatemalteckische Militär zu koordinieren. Das Ganze macht einen höchst professionellen Eindruck, und man kommt nicht ganz aus dem Gefühl heraus, das alles nur eine Riesen-show ist. Zweifellos braucht das guatemalteckische Militär angesichts der Tatsache, dass einige ranghohe Militärs kurz vor einem Gerichtsprozess stehen, eine dringend notwendige Imageaufbesserung und die Nothilfe im Katastrophenfall *Stan* bietet sich geradezu an dafür.

Es gibt aber auch harsche Kritik am offensichtlich nicht immer sehr effizienten Einsatz des Militärs. In einem Leitartikel von *La Hora* heisst es am 10. Oktober: "Die operative Kapazität (des Militärs) hat sich verringert trotz des stetig ansteigenden Militärbudgets. Wenn das Militär wegen "schlechten Wetters" die Opfer einer Katastrophe nicht betreuen kann, dann müssen wir Gott bitten, dass am Tag, an dem wir zum Ziel eines feindlichen Angriffs werden, die Sonne scheint und kein Wind weht, da uns unsere Armee sonst nicht verteidigen kann".

Da in der Frage der Effizienz offenbar Uneinigkeit herrscht, verlagerte sich die Diskussion in *La Hora*, ausgelöst von Chefredaktor José Carlos Marroquín, auf ein "wichtigeres" Thema. Während Tagen polemisierte er darüber, weshalb in so einem wichtigen und historischen Moment, wie der Katastrophe nach *Stan*, eine schmutzige und halb zerrissene Landesflagge vom Dach des Verteidigungsministeriums in der Hauptstadt wehte. Diese wurde aufgrund eines auf der Frontseite der Zeitung erschienenen Fotos umgehend gewechselt

und an *La Hora* ein öffentliches Schreiben des zuständigen Obersten geschickt: Der Zustand der Fahne spiegle die Tragödie wider, welche das Land derzeit durchlebe, auch sie habe unter *Stan* gelitten (als offenbar einzige Fahne in der ganzen Hauptstadt, alle anderen hätten *Stan* unbeschadet überstanden, wie Marroquín konstatierte). Sie sei beschädigt, genauso wie die Infrastruktur des Landes und die Herzen der Bevölkerung (Marroquín: Ob denn nun die Solidarität mit der leidenden Bevölkerung mit dem Auswechselln der Fahne zu Ende sei?). Man habe vorgehabt, die Fahne anlässlich des Jahrestags der Revolution am 20. Oktober zu wechseln (Marroquín: Weshalb habe man dann mit dem Wechseln nicht bis zu diesem Tag gewartet, sondern sie bei der geringsten Kritik heruntergenommen?). Und man werde diese Fahne als Zeugin des Moments im Militärmuseum ausstellen (Marroquín: Ob dafür nicht die Fahne von Sololá oder San Marcos besser geeignet wäre?).

Ein paar Tage später entschuldigte sich dann auch Marroquín öffentlich, nicht für den Inhalt, sondern den Ton seiner Kritik.

Während in Guatemala die Soldaten im Einsatz ihr Bestes gaben und ihre Chefs Öffentlichkeitsarbeit betrieben, traf sich der US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in Miami mit seinen zentralamerikanischen Amtskollegen, um unter anderem über die Schaffung einer gemeinsamen Sofort-Eingreif-Truppe zu diskutieren. Der Aktualität zuliebe soll eine der Hauptaufgaben einer solchen Truppe sein, in Fällen von Naturkatastrophen Soforthilfe zu leisten, weitere Missionen sind, die Sicherheit der Region und die Aufrechterhaltung des Friedens zu garantieren, wobei Wert darauf gelegt wird, dass die "grossartige Idee" aus der Region komme, die die USA ihrerseits zu unterstützen wünschen.

Ein weiteres Thema der Konferenz waren u.a. die 1'100 russischen Sam-7-Misiles, die seit sandinistischer Zeit im Besitz des nicaraguanischen Militärs sind. Die USA befürchten, dass diese Raketen, die von der Schulter aus abgeschossen werden können und die Kapazität haben, ein Passagierflugzeug vom Himmel zu holen, in die Hände von Terroristen "fallen" könnten. In früheren Momenten verlangten die USA unter der Drohung, die Militärhilfe an Nicaragua zu kürzen, dass die Raketen vernichtet werden.

Beim jetzigen Treffen konnten offenbar die Zweifel aus dem Weg geräumt werden und die Militärhilfe soll wieder aufgenommen werden.

Auch die „nicht-traditionellen“ Drohungen wie Drogenhandel und Jugendbanden wurden bei dem Treffen thematisiert.